## Stadt Cottbus / mesto Chosebuz Die Oberbürgermeisterin

mit Veränderungen (siehe Niederschrift)



Vorlagen-Nr.		
StVV	IV-022/05	
НА		

Dezernat: IV Amt: 61		Termin der Tagung: 25.05.2005		
Vorlage zur Entscheidung				
durch den Hauptausschuss	⊠ öffentlich	Öffentlich		
Danatur gafalası	Datum		Datum	
Beratungsfolge:	Datum		Datum	
Beigeordnetenkonferenz	19.04.2005	Soziales, Gleichst. u. Rechte d. Minderh.	10.05.2005	
Haushalt und Finanzen		☐ Umwelt	10.05.2005	
Recht, Sicherheit, Ordnung u. Petitionen	10.05.2005	Hauptausschuss	18.05.2005	
Wirtschaft	10.05.2005	Stadtverordnetenversammlung	25.05.2005	
Bau und Verkehr	11.05.2005	Ortsbeiräte/Ortsbeirat 05.04.2		
Bildung, Schule, Sport u. Kultur		☐ JHA		
Aufstellung des Bebauungsplanes "Wohnb 2. Die von Behörden, sonstigen Trägern öffer Beteiligungsverfahren vorgebrachten Anre Entscheidungsvorschläge werden in der da 3. Der Entwurf des BBP "Wohnbebauung Sp zeichnung (Teil A) und Textteil (Teil B) so	ing Kiekebusch bebauung Sprechtlicher Belang gungen und H rgestellten Fas reestraße" in d bwie die dazug und die dazuge	ler Fassung vom Februar 2005, bestehend aus Plagehörige Begründung (Anlagen 3 und 4) werden gehörige Begründung sind für die Dauer von einer	hrt. eitigen anteil/Plan- gebilligt.	
Rätzel  Beratungsergebnis des HA/der StVV  einstimmig mit Sti	: mmenmehrh	Beschluss-Nr.: neit Sitzung am: TOP:		
	Anzahl der <b>Ja-</b> Stimmen:	6		
D loot Doorbloo				
laut Beschlussvorschlag	Anzani der Nein-Stimmen:	Anzahl der Nein-Stimmen:		

Anzahl der Stimmenthaltungen:

Vorlagen-Nr.: IV-022/05

## Problembeschreibung/Begründung:

Zur Schaffung von Baurecht für Eigenheime auf 3 Baugrundstücken am nördlichen Ende der Spreestraße im Stadtteil Kiekebusch (s. Anlage 1 – Übersichtsplan) ist von der ehemaligen Gemeindevertretung am 15.09.2003 die Aufstellung eines Bebauungsplanes mit dem Titel "Wohnbebauung Spreestraße" beschlossen worden.

Nach der Gemeindegebietsreform vom Oktober 2003 soll das Aufstellungsverfahren durch die Stadt Cottbus weitergeführt werden. Rechtsgrundlage hierfür bildet § 204 Abs. 3 Satz 1 BauGB. Die Entscheidung zur Weiterführung des Aufstellungsverfahrens ist durch die Stadtverordnetenversammlung zu treffen.

Im vorliegenden Planungsfall soll das Aufstellungsverfahren mit dem förmlichen Verfahrensschritt öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB weitergeführt werden. Vorgesehen ist die Offenlage eines Bebauungsplanentwurfes in der Fassung vom Februar 2005 (s. Anlage 3) sowie der zugehörigen Begründung (s. Anlage 4).

Vorab wurden auf Wunsch und Risiko der Bauherrengemeinschaft durch die Verwaltung am 06.07.2004 die frühzeitige Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie mit Schreiben vom 19./20.08.2004 das Beteiligungsverfahren der Behörden, sonstigen Träger öffentlicher Belange, Nachbargemeinden und Stadtämter gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt. Voraussetzung für die Offenlage ist, dass die Stadtverordnetenversammlung die vorgenannten Planungsunterlagen (Anlagen 3 und 4) sowie das darin bereits berücksichtigte Ergebnis der Behandlung der im Beteiligungsverfahren nach § 4 Abs. 1 BauGB vorgebrachten Anregungen und Hinweise (s. Anlage 2) billigt und die Durchführung der Offenlage beschließt. Die Voraussetzungen dafür sind mit dem erzielten Planungsstand erfüllt. So stehen der beabsichtigten Standortentwicklung Erfordernisse der Raumordnung nicht entgegen (Mitteilung GL 7 vom 09.07.2004), Stellungnahmen der gem. § 4 Abs. 1 BauGB Beteiligten waren in ihren Inhalten grundsätzlich zustimmend zu beurteilen, zur frühzeitigen Bürgerbeteiligung wurden keine Einwände vorgebracht und vom Ortsbeirat Kiekebusch werden Planung und beabsichtigte Offenlage unterstützt (s. Anlage 5 – Aktenvermerk).

Des Weiteren wurden vom MLUV (ehem. MLUR) im Ergebnis der Prüfungsstufe 1 zur Ausgliederung des Plangebietes aus dem Landschaftsschutzgebiet "Spreeaue südlich Cottbus" mit Schreiben vom 23.04.2004 bei planerischer Beachtung mitgeteilter Hinweise keine Bedenken geäußert. Die Beachtung der Hinweise widerspiegelt sich in der vorliegenden Planfassung sowohl in den grünordnerischen Festsetzungen als auch in den Festsetzungen zur Grundstücksüberbauung. Ein parallel erarbeiteter grünordnerischer Fachbeitrag ist in seinen für die Standortentwicklung wesentlichen Aussagen in die Begründung integriert sowie durch Übernahme von Empfehlungen für Pflanzfestsetzungen planerisch beachtet worden. Die für die beabsichtigte Wohnbauflächenentwicklung vorgesehene Erschließungsfläche orientiert sich am Bestand der bereits ausgebauten Spreestraße. Sie trägt den Anforderungen an eine bedarfsgerechte Verkehrsanbindung sowie der technischen Ver- und Entsorgung Rechnung. Der Standort wird als abschließende Ortsrandbebauung geplant, d. h. es werden darüber hinaus keine planungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für weitere Bauvorhaben geschaffen. Die Kosten für sämtliche Planungsleistungen und die Realisierung der Erschließungsanlage trägt die Bauherrengemeinschaft. Der Stadt entstehen keine Kosten. Entsprechende Verträge sollen nach der beabsichtigten Offenlage abgeschlossen werden. Die beabsichtigte Weiterführung des Aufstellungsverfahrens erfolgt nach den Regelungen des bis zum 19.07.2004 gültigen BauGB gem. § 233 Abs. 1 des BauGB in der Bekanntmachung der Neufassung vom 23.09.2004, da das Verfahren bereits am 15.09.2003 förmlich eingeleitet und die frühzeitige Bürgerbeteiligung als gesetzlich vorgeschriebener Einzelschritt am 06.07.2004, also vor Inkraftsetzung des seit 20.07.2004 rechtswirksamen Europarechtsanpassungsgesetzes Bau, durchgeführt wurde.

Finanzielle Auswirkungen:	☐ Ja	Nein
1. Gesamtkosten:		
-		
2. Sicherstellung der Finanzierung:		
-		
3. Folgekosten:		
-		